

SPE

SOZIALDEMOKRATISCHE
PARTEI EUROPAS

**FAIRNESS
SUSTAINABILITY
RESPECT**

**SPE-RAT
2021
ENTSCHLISSUNG**

Verabschiedet vom Rat der SPE in Brüssel am 16. Dezember 2021

FAIRNESS
SUSTAINABILITY
RESPECT

EINE FORTSCHRITTLICHE VISION FÜR DIE ZUKUNFT EUROPAS

Die heutige Aufgabe Europas besteht darin, ein nachhaltiges und gerechtes soziowirtschaftliches Modell, einen ökologischen Wandel und eine demokratische Erneuerung zu schaffen. Damit müssen soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und starke Wohlfahrtsstaaten gefördert und die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt Europas gestellt werden. In den letzten 20 Jahren waren die Bürgerinnen und Bürger und Gesellschaften mit zahlreichen Veränderungen und Krisen konfrontiert. Wir befinden uns mitten in einer tiefgreifenden digitalen Revolution und stehen am Rande potenzieller katastrophaler Klimaereignisse, wie es uns in diesem Sommer erneut vor Augen geführt wurde. Unsere Gesellschaften sind zudem mit einem starken demokratischen Wandel konfrontiert. Soziale und geschlechtsspezifische Ungleichheiten bestehen fort. Junge Menschen fühlen sich der Aussicht auf eine bessere Zukunft, während Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und die globale, regelbasierte multilaterale Ordnung in Frage gestellt werden. Die EU muss auf all diese Fragen klare Antworten finden.

Als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Europas sind wir die politische Familie, die die europäische Gemeinschaft durch diese grundlegenden Veränderungen führen kann. Diese Überzeugung beruht darauf, dass wir konkrete Ergebnisse erzielt haben, die das Leben der europäischen Bürgerinnen und Bürger auf der Grundlage unserer Grundprinzipien des sozialen Fortschritts und der Gleichberechtigung verbessern. Unsere Familie spielte eine entscheidende Rolle bei der Schaffung des historischen Wiederaufbauplans Next Generation EU zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie. Wir haben es geschafft, solidarisch zu reagieren, indem wir europäische Konjunkturanleihen geschaffen und das alte konservativ-liberale Mantra der Sparmaßnahmen zurückgewiesen haben, mit dem nach der Finanzkrise von 2008 so viel Schaden angerichtet worden war. Wir können es uns nicht leisten, in diesen Zeiten massiver Veränderungen und Erfordernisse in eine Politik der Sparmaßnahmen zurückzufallen. Wir sind stolz auf die harte Arbeit unserer Regierungen, unserer Kommissare, unserer S&D-Fraktion im Europäischen Parlament, der Parlamentarier und der regionalen und lokalen Politiker sowie unserer Parteien, die sich für das Wohlergehen unserer Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Wir werden dafür sorgen, dass unsere Vision und unsere Werte für einen positiven und fortschrittlichen Wandel

in die laufende Konferenz über die Zukunft Europas einfließen.

Wir kämpfen für eine Welt nach COVID-19, die inklusiver und gleichberechtigter, wirtschaftlich erfolgreicher, menschlicher und nachhaltiger ist.

Wir legen den Grundstein für eine gerechtere Zukunft, die den Grünen Deal, die Europäische Säule sozialer Rechte und einen fairen digitalen Wandel umfasst, der allen zugutekommt.

Unsere politische Familie hat konkrete Vorschläge für eine Zukunft mit sozialen Rechten, angemessenen Löhnen und Renten sowie der Geschlechtergleichstellung, und in der auch territoriale Ungleichheiten angegangen werden. Eine Zukunft des Wohlergehens, in der niemand zurückgelassen wird und die jüngere und die ältere Generation unterstützt und gestärkt werden. Eine Zukunft, die sich auf ein neues nachhaltiges Industriemodell stützt. Eine Zukunft, in der globale Herausforderungen und Ungerechtigkeiten mit Entschlossenheit und Solidarität angegangen werden. Eine Zukunft ohne Diskriminierung, in der Demokratie, Menschenrechte und Grundfreiheiten wieder gestärkt und geschützt werden.



AUFBAU EINER SOZIAL GERECHTEN UND ÖKOLOGISCH NACHHALTIGEN ZUKUNFT

Eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Zukunft.

Alle progressiven Kräfte müssen ihre Anstrengungen bündeln, um ein starkes soziales Europa aufzubauen und eine gerechtere und nachhaltigere Gesellschaft zu entwickeln. Durch Globalisierung und Digitalisierung verändert sich unsere Arbeitswelt. Deshalb wollen wir Politik neugestalten und einen neuen Entwicklungspfad einschlagen, der einen gerechten Wandel ermöglicht. Wir dürfen uns nicht nur der Schaffung von Wohlstand und Vermögenswerten verschreiben, sondern müssen gleichzeitig für deren gerechte Verteilung sorgen und Menschen und Regionen unterstützen die von diesem Wandelbetroffenen sind.

Gestern haben wir den Sozialstaat aufgebaut, heute modernisieren und stärken wir ihn, und sorgen dafür, dass er ein Fundament unserer Gesellschaften bleibt und alle Bürgerinnen und Bürger in guten wie in schlechten Zeiten schützt.

Die EU hat entschlossen reagiert, um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Gesundheitskrise zu begrenzen. Sie hat umfangreiche Finanzmittel bereitgestellt, um die negativen Auswirkungen der Pandemie abzufedern, und den Mitgliedstaaten Flexibilität zu schnellem Handeln und zur Existenzsicherung von Unternehmen zu verschaffen. Viele kleine Unternehmen haben jedoch immer noch Schwierigkeiten, aus dieser Krise herauszukommen. Der Sozialgipfel und die Erklärung von Porto, der soziale Aktionsplan, die vorübergehende Aussetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, das Instrument zur Kurzarbeitszeit-regelung (SURE), der Fonds für Wiederaufbau und einen gerechten Wandel sind alles wichtige Schritte. Die EU muss sich stärker engagieren, um das Problem der Ungleichheit, das unsere Gesellschaften so sehr schädigt, dringend anzugehen. Dies muss durch mehr Investitionen, Maßnahmen zur Schaffung qualitativer Arbeitsplätze, angemessene Löhne und Renten sowie starke Tarifverhandlungen für alle erfolgen. Wir werden uns weiterhin für eine zentrale Rolle des sozialen Dialogs und der Gewerkschaften sowie für die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Entscheidungsprozesse und das öffentliche Leben einsetzen. Wir begrüßen die sehr wichtigen Schritte, die zur Sicherung eines transparenten und gerechteren globalen Steuersystems unternommen wurden.

Europa braucht:

- Maßnahmen zur Gewährleistung menschenwürdiger Löhne und Renten sowie zur Verbesserung der Einkommen (allgemeiner Zugang zu effizienten Mindesteinkommensregelungen und sozialem Schutz auf Ebene der Mitgliedstaaten) und der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger.
- Eine europäische Agenda für qualitative Arbeitsplätze für alle, einschließlich des Verbots von Null-Stunden-Verträgen und der Schaffung von Millionen gut bezahlter, hochwertiger Arbeitsplätze, auch für Arbeitskräfte mit mittlerem und niedrigem Qualifikationsniveau.
- Uneingeschränkter Schutz der Arbeitnehmerrechte und der Privatsphäre für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, einschließlich der Plattformarbeiter, Telearbeiter und Wanderarbeiter.
- Faire und angemessene Mindestlöhne zum Schutz aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei gleichzeitiger Stärkung der Tarifverhandlungen und vollständiger Beachtung nationaler Besonderheiten und Zuständigkeiten.
- Eine Reform des Europäischen Semesters zur Unterstützung des EU-Vertragsziels des Wohlergehens der Bürgerinnen und Bürger.
- Bestmögliche Nutzung des Wiederaufbaufonds und Sicherung einer schrittweisen Umsetzung der nationalen Wiederaufbauprogramme in Partnerschaft mit den lokalen und regionalen Behörden, einhergehend mit starken öffentlichen Investitionen, um die Wirtschaft

wieder anzukurbeln, bessere soziale Bedingungen für alle zu schaffen und Innovation zu fördern, Investitionen in die soziale Infrastruktur und die Sozialsysteme aufzustocken und einen sozial und ökologisch nachhaltigen ökologischen Wandel herbeizuführen. Der Wiederaufbaufonds bildet die Grundlage für eine langfristige Unterstützung öffentlicher Investitionen zur Stärkung der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Konvergenz und Nachhaltigkeit.

- Die Umwandlung des Stabilitäts- und Wachstumspakts in einen echten Nachhaltigkeitspakt im Einklang mit den Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts und den Nachhaltigkeitszielen sowie Fortsetzung der Investitionsanstrengungen zum Wiederaufbau eines besseren Europas.
- Eine gerechte Steuerpolitik, die Ausmerzungen von Steuerbetrug, Verbesserung des Kampfs gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung, die Eindämmung aggressiver Steuerplanung und den Übergang zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen in diesen speziellen Steuerfragen.
- **Die EU braucht eine ehrgeizige Umsetzung der OECD-Vereinbarung über einen globalen Mindeststeuersatz. Mit diesen Einnahmen sollten Sozialstaaten gestärkt und nachhaltige Haushalte unterstützt werden, um so den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden und den ökologischen Wandel zu fördern. Dies ist eine Frage der Gerechtigkeit.**



- Umfassende Bekämpfung von Finanzkriminalität, insbesondere Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, durch Schließung von Gesetzeslücken in den EU-Rechtsvorschriften und Einrichtung einer Europäischen Behörde zur Geldwäschebekämpfung.
- Durch ein Protokoll über den sozialen Fortschritt soll bekräftigt werden, dass im Primärrecht ein Gleichgewicht zwischen den wirtschaftlichen Freiheiten und den Wettbewerbsregeln einerseits und den sozialen Grundrechten andererseits bestehen sollte und dass letztere im Konfliktfall Vorrang haben sollten. Die Entwicklung eigener Ressourcen zur Unterstützung des EU-Haushalts und der nächsten Generation der EU fortsetzen, um sicherzustellen, dass die nationalen Beiträge nicht ansteigen. Eine Politik zu bevorzugen, die nicht die Haushalte mit mittlerem und niedrigem Einkommen belastet, sondern vielmehr die großen Unternehmen und die großen Verschmutzer, um den Klimawandel und andere große Herausforderungen zu bekämpfen.
- Bewältigung des demografischen Wandels und der

Landflucht durch territorialen Zusammenhalt, Chancengleichheit und nachhaltige Entwicklung.

- Eine nachhaltige Landwirtschaft, die eine bezahlbare, sichere und qualitativ hochwertige Lebensmittelversorgung gewährleistet, muss als Grundlage für eine ausgewogenere räumliche Entwicklung der ländlichen Gebiete dienen.
- Gewährleistung hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen und des allgemeinen Zugangs zu Leistungen der Daseinsfürsorge.

Das Wirtschaftsmodell der Zukunft muss unseren Planeten, die Umwelt, die biologische Vielfalt und die Menschen schützen, vor allem stark gefährdete Personen, die am meisten unter den Folgen der Klimakrise leiden.

Aufgrund der anhaltenden Klima- und Umweltkatastrophe sind die Kosten unterlassener Aktionen höher als die Kosten für Klimaschutzmaßnahmen, wobei die Auswirkungen insbesondere für künftige Generationen gravierend sein werden.

Europäischer Green Deal.

Deshalb müssen wir in den ökologischen Wandel investieren, grüne Arbeitsplätze schaffen und ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell entwickeln, das den Menschen und den Planeten in den Mittelpunkt stellt. Wir müssen zeigen, dass ökologische Zielstellungen, wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit keine Gegensätze sind, sondern sich vielmehr gegenseitig bedingen. Der jüngste IPCC-Bericht macht erneut deutlich, dass die EU unverzüglich handeln muss, um die Treibhausgasemissionen zu verringern. Der Europäische Grüne Deal zeigt einen Weg auf, um bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Seine Umsetzung hat höchste Priorität. Er soll sicherstellen, dass beim Übergang zur Klimaneutralität auch diejenigen geschützt und unterstützt werden, die am stärksten davon betroffen sind. Es geht um einen Übergang zu einer Gesellschaft mit mehr Gleichberechtigung, mit einem neuen Modell der städtischen und regionalen Entwicklung und mit neuen und besseren Arbeitsplätzen in den umweltfreundlicheren Wirtschaftszweigen der Zukunft.

**FAIRNESS
 SUSTAINABILITY
 RESPECT**

Europa braucht:

- Die Umsetzung des Europäischen Green Deals, des Klimagesetzes und des Pakets „Fit for 55“, mit einem starken sozialen Klimafonds, um die Dekarbonisierung Europas bis 2050 durch mehr Investitionen in erneuerbare und saubere Energiequellen, Energieeffizienz und garantierte erschwingliche Energie zu beschleunigen.
- Umsetzung des Grünen Deals und der Europäischen Säule sozialer Rechte in einem ganzheitlichen Ansatz.
- Einen Wandel, mit dem es uns gelingt, unsere Klimaziele zu erreichen und der gleichzeitig sozial fair und gerecht gestaltet wird, mit einer größeren finanziellen Solidarität u.a. durch die Aufstockung des Fonds für einen gerechten Wandel zur Bekämpfung von Armut und Ungleichheiten infolge der Klimakrise.
- Einen Wandel, bei dem neue menschenwürdige und hochwertige Arbeitsplätze sowohl in bestehenden als auch in neuen Wirtschaftszweigen geschaffen werden.
- Zugang zu erschwinglicher Energie für alle Bürgerinnen und Bürger, Bekämpfung von Energiearmut und Eindämmung des Anstiegs der Energiepreise.
- Förderung des ökologischen Wandels durch ausreichende öffentliche und private Investitionen zur Verbesserung wirtschaftlicher Wachstumschancen und Übernahme einer europäischen Führungsrolle bei der Bekämpfung des Klimawandels.
- Erhebliche öffentliche Investitionen in energieeffiziente Modernisierungs- und Baumaßnahmen zur Eindämmung der Wohnungskrise.
- Eine integrative und grüne europäische Industriestrategie zur Förderung von Investitionen in CO₂-arme oder CO₂-neutrale Technologien, Investitionen in grüne Unternehmen mit besonderem Augenmerk auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Start-ups sowie Investitionen in und Förderung von Regionen mit Entwicklungsrückstand durch einen gerechten Übergangsprozess.
- Eine neue Vision für eine saubere Mobilität zur Verbesserung der Lebensqualität im öffentlichen Raum in Stadt und Land sowie der regionalen Verkehrsverbindungen zwischen den Städten.
- Eine globale Führungsrolle beim Klimaschutz, Förderung der internationalen Solidarität und Zusammenarbeit sowie Schutz der biologischen Vielfalt durch ein starkes Engagement auf der UN-Konferenz zur biologischen Vielfalt (COP15) im Jahr 2022.
- Klare Vorgaben zu Rechenschaftspflichten, Transparenz, Sorgfaltspflicht, zivilrechtlicher Haftung, Fürsorgepflicht und Berichterstattungspflicht für Unternehmen bezüglich der Einhaltung von Sozialstandards und Menschenrechten sowie von Nachhaltigkeits- und anspruchsvollen Umweltstandards auf globaler Ebene.

Gesundheit, Pflege und Wohlbefinden.

Die SPE unterstützt das Konzept einer Gesellschaft des Wohlergehens, das auf die Rechtssicherung der Bürgerinnen und Bürger auf Gesundheit und Pflege, auf angemessenen, altersgerechten Wohnraum abzielt, Obdachlosigkeit bekämpft, hochwertige Arbeitsplätze, Sicherheit, Gleichberechtigung und alle anderen Voraussetzungen für eine hohe Lebensqualität sichert, während gleichzeitig die Umwelt und die Nutzung der Ressourcen auf nachhaltige Weise verbessert werden.

Die Pandemie hat gezeigt, wie notwendig eine starke Gesundheitsunion und eine verbesserte europäische Zusammenarbeit sind.

Wir müssen die Ungleichheiten im Gesundheitswesen überwinden und einen wirklich universellen Zugang in allen Mitgliedstaaten ermöglichen. Öffentliche Gesundheitsdienste sind eine Säule des Sozialmodells der EU, ohne sie könnten viele Bürgerinnen und Bürger nicht die Hilfe erhalten, die sie benötigen. Das Recht auf Gesundheit ist ein Grundwert unserer Gesellschaft, und wir werden uns weiterhin für eine kostenlose bzw. bezahlbare Gesundheitsversorgung für alle einsetzen. Angesichts der alternden Gesellschaften sollte Europa angemessene Lebensbedingungen für ältere Menschen gewährleisten. Auch sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte sind ein wichtiger Bestandteil unserer Vision.

Europa braucht:

- Einen universellen und effektiven Zugang zu einer erschwinglichen Gesundheitsversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger.
- Die EU muss die Verhandlungen zur Gesundheitsunion abschließen, die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten verstärken, um die Standards anzuheben, neue Behandlungsmethoden bereitstellen und umfassende Vorkehrungen treffen, damit Europa besser auf Pandemien vorbereitet ist.
- Verschärfung der Umweltgesetzgebung, um einige der langfristigen, grundlegenden Ursachen von Krankheiten zu bekämpfen.
- Jeder Mensch in der EU muss einen universellen Zugang und das Recht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit haben. Dazu gehören auch sichere und legale Abtreibungsmöglichkeiten.



Bildung und generationenübergreifende Solidarität.

Während ältere Menschen die Hauptleidtragenden der Pandemie waren, haben auch junge Menschen die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen stark zu spüren bekommen. Wir haben daher wiederholt gefordert, dass sie im Mittelpunkt des Wiederaufbaus stehen müssen. Allgemeine und berufliche Bildung sind unverzichtbar für die Stärkung von Zusammenhalt und Integration in unseren Gesellschaften, damit sich die Bürgerinnen und Bürger entfalten, ein gemeinsames Verständnis für unsere kollektiven Herausforderungen entwickeln und die Instrumente zu deren Bewältigung erlernen können. Deshalb unterstützen wir höhere Investitionen in die öffentliche Bildung, einschließlich des informellen und nicht-formalen Lernens, der Berufsausbildung, des lebenslangen Lernens, des Zugangs zur Kultur und der Mobilität für alle Lernenden, sowie eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die jungen Menschen hochwertige Arbeitsplätze verschafft. Das Recht auf allgemeine und berufliche Bildung sollte durch lebenslanges Lernen in jedem Alter gewährleistet sein.

Europa braucht:

- Aufstockung der Mittel in allen Bildungsbereichen, um eine bessere Lehrerausbildung, kleinere Klassen und einen gleichberechtigten Zugang zu digitalen Hilfsmitteln zu ermöglichen.
- Qualifikationsbasierte Vergütungssysteme in Unternehmen, die öffentliche Mittel für die Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Anspruch nehmen, im Einvernehmen mit den Arbeitnehmervertretungen.
- Eine Kinderunion unter vollständiger Umsetzung der Europäischen Kindergarantie, die auf die Beseitigung von Kinderarmut durch einen kostenlosen und effektiven Zugang zu frühkindlicher Bildung und Betreuung, Gesundheitsfürsorge, angemessener Ernährung und angemessenem Wohnraum für schutzbedürftige Kinder abzielt.
- Die Europäische Jugendgarantie als festen Bestandteil der sozialpolitischen Maßnahmen der EU, wobei die

Qualität und Nachhaltigkeit der Angebote im Mittelpunkt stehen müssen.

- Eine altersfreundliche Politik und Solidarität zwischen den Generationen zur Bekämpfung von Ungleichheiten müssen wichtigstes Anliegen des ökologischen und digitalen Wandels sein.
- Besondere Aufmerksamkeit ist den älteren Menschen zu widmen, um ihre Rechte zu garantieren, ihre Einbeziehung in das gesellschaftliche Leben zu sichern und ihnen einen unkomplizierten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, angemessenem Wohnraum, und erschwinglicher häuslicher Pflege- und Altenbetreuung zu ermöglichen.
- Investitionen in Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen von Frauen, um geschlechtergerechte ökologische und digitale Veränderungen zu erreichen.





EINE UNION DER DEMOKRATIE UND DER RECHTE VERTEIDIGEN

Starke und inklusive Demokratie.

Eine inklusive, partizipative Demokratie mit rechenschaftspflichtigen Institutionen ist das Fundament unserer Union. Wir werden sie gegen politische Bewegungen verteidigen, die sich gegen Demokratie, Freiheit und Grundrechte richten. Wir prangern die Verschlechterung der Rechtsstaatlichkeit in einigen Mitgliedstaaten an, deren Regierungen von populistischen Bewegungen und ultrakonservativen Regierungen angeführt werden, die den Fortschritt und die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaften untergraben. Wir werden weiterhin integrative Gesellschaften schützen und unterstützen, die offen sind für Vielfalt, und sich für Rechtsstaatlichkeit, die Unabhängigkeit der Justiz, Menschenrechte und Demokratie, einschließlich der Demokratie am Arbeitsplatz, einsetzen. Wir werden die Demokratie gegen Angriffe auf Journalisten und die Medienfreiheit verteidigen. Wir werden die Rechte von Frauen, der LGBTI-Gemeinschaften und aller Minderheiten verteidigen und sie vor jeder Art von Diskriminierung schützen. Die uneingeschränkte Umsetzung der Rechtsstaatlichkeit ist für uns eine dazu unabdingbare Voraussetzung. Wenn es um die Sicherheit geht, muss die EU wirksame Maßnahmen ergreifen, um die Bürgerinnen und Bürger vor organisierter Kriminalität, Terrorismus und jeglichen Formen von Radikalisierung zu schützen.

Demokratische Gesellschaften müssen allen Bürgerinnen und Bürgern eine wirksame Stimme verleihen, und zwar nicht nur bei den Wahlen, sondern indem sie durch geeignete Konsultationsprozesse und Beteiligungsmechanismen wie Bürgerhaushaltspläne dazu dauerhaft in die Lage versetzt werden.

Demokratie erfolgt auf allen Regierungsebenen, von der lokalen und regionalen bis hin zur nationalen und EU-Ebene, und zwar unter umfassender Einbeziehung der Gewerkschaften und der zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Konferenz über die Zukunft Europas stellt eine überzeugende Praxis europäischer Demokratie dar, und als progressive Kraft sind wir entschlossen, sicherzustellen, dass jede Stimme gehört wird. Wir sehen auch die Notwendigkeit verbesserter und vereinfachter Gemeinschaftsmethoden, einer starken Rolle für die Europäische Kommission und das Europäische Parlament und einer vermehrten Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit (QMV) innerhalb der verschiedenen Ratsformationen.

Europa braucht:

- Stärkung der europäischen Demokratie angesichts der aktuellen Herausforderungen durch Förderung eines aktiven Engagements für die Demokratie von der lokalen bis zur europäischen Ebene.
- Von der Basis ausgehende, öffentliche Debatten mit breiter Beteiligung verschiedenster Akteure, wie die Konferenz über die Zukunft Europas, die einen wirklichen Einfluss auf die Politik ausüben.
- Gewährleistung der Rechte von Journalisten und Schutz vor missbräuchlichen Gerichtsverfahren, der Medienfreiheit und des Pluralismus durch wirksame Rechtsvorschriften.
- Nutzung und Weiterentwicklung von Instrumenten wie dem Jahresbericht über die Lage der Rechtsstaatlichkeit in der gesamten Europäischen Union und dem EU-Bericht über die Gleichstellung der Geschlechter, damit anhand der Ergebnisse verbindliche Empfehlungen vorgenommen werden können.
- Bekämpfung von Populismus in der politischen Kommunikation, verstärkte Zusammenarbeit gegen Desinformation, Förderung von mehr Transparenz bei bezahlter politischer Werbung und politischen Kampagnen.
- Unterstützung des neuen Aktionsplans für Integration und Inklusion, um widerstandsfähige Gesellschaften aufzubauen, die auf sozialem Fortschritt, Integration und gemeinsamem Wohlstand für alle basieren.
- Förderung der Achtung und des Schutzes der Menschenwürde, der Menschenrechte, der Freiheit und der Gleichberechtigung, unter anderem durch die uneingeschränkte Anwendung der Rechtsstaatlichkeit.
- Das historische Gedächtnis lebendig halten, um unsere Demokratie zu stärken.
- Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und Sexismus. Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung, sei es aufgrund einer Behinderung, der Religion, des Alters oder anderen Gründen, unter anderem durch die horizontale Antidiskriminierungsrichtlinie.
- Bekämpfung der Stigmatisierung von LGBTI-Personen und Förderung und Schutz der Rechte aller Einzelpersonen und Regenbogenfamilien in der gesamten EU.
- Übernahme einer Führungsrolle bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität, einschließlich Menschenhandel und Terrorismus, durch verstärkte polizeiliche Zusammenarbeit.

**FAIRNESS
 SUSTAINABILITY
 RESPECT**

Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Grundwert der Europäischen Union und unserer progressiven Familie.

Europa muss ein feministischer Kontinent sein, auf dem die Rechte der Frauen in vollem Umfang garantiert und geschützt sind, auf dem aber auch Institutionen und Akteure bereit sind, fortschrittliche Ideen zur Gleichstellung der Geschlechter voranzubringen. Die COVID-19-Pandemie bedroht den über Jahrzehnte erzielten Fortschritt. Frauen stehen zwar an vorderster Front der Pandemiebekämpfung, sind aber auch unverhältnismäßig stark von den sozioökonomischen Folgen der Pandemie betroffen. Wir beobachten eine besorgniserregende Gegenreaktion konservativer Kräfte in Europa, die versuchen, die Grundrechte und Grundfreiheiten von Frauen, einschließlich ihrer sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte, einzuschränken.

Dank unserer Bemühungen war die EU noch nie so gut ausgestattet, um die Gleichstellung der Geschlechter voranzubringen und die Rechte der Frauen zu stärken. Die Bestimmungen der EU-Gleichstellungsstrategie 2020-2025 sollten nun beschleunigt umgesetzt werden.

Europa braucht:

- Die Ausmerzung aller Formen geschlechtsspezifischer Gewalt durch eine ehrgeizige europäische Richtlinie zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt, die vollständige Ratifizierung der Istanbul-Konvention und die Aufnahme von Straftaten aufgrund des Geschlechts oder geschlechtlicher Identität in den Straftatenkatalog der EU.
- Einen geschlechtersensiblen Wiederaufbau und die Entwicklung einer feministischen Wirtschaft unter durchgängiger Berücksichtigung von Gleichstellungsaspekten bei der Haushaltsplanung und Politikgestaltung auf allen Regierungsebenen.
- Förderung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Frauen durch Überwindung des geschlechtsspezifischen Beschäftigungs-, Lohn- und Rentengefälles, z.B. durch Initiativen zur Lohntransparenz, eine wirksame Umsetzung von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, einschließlich Betreuungsaufgaben, und durch gerechte Steuersysteme, mit denen geschlechtsspezifische Ungleichheiten nicht mehr fortgesetzt werden.
- Geschlechterparität auf allen Ebenen und Vertretungen der politischen und ökonomischen Entscheidungsfindung, auch durch Fortschritt bei der Richtlinie zu Frauen in Vorständen.
- Schutz und Förderung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte von Frauen, einschließlich des Rechts und des Zugangs zu umfassender Sexual- und Beziehungserziehung, zu erschwinglichen Verhütungsmitteln und einem allgemeinen Zugang zu sicherem und legalem Schwangerschaftsabbruch.



Auf dem Weg zu einer digitalen Welt.

Auf dem Weg in eine neue digitale Welt müssen wir den Digitalen Kompass 2030 aktualisieren und ihn zu einer echten digitalen Strategie zur Unterstützung eines ökologisch und sozial nachhaltigen Wandels weiterentwickeln. Ein solcher Übergang wird massive Investitionen in interoperable öffentliche Infrastrukturen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Mobilität erfordern. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass multinationale Konzerne und große Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) ihren gerechten Beitrag leisten, Steuern dort zahlen, wo sie fällig werden, und ordnungsgemäß reguliert werden, um der derzeitigen monopolistischen Kontrolle durch einige wenige Giganten entgegenzuwirken, die ihre marktbeherrschende Stellung missbrauchen. Wir werden die Rechte auf Privatsphäre, Datenschutz und digitale Bürgerrechte für alle verteidigen. Die digitale Transformation, die wir anstreben, dient der Stärkung der Demokratie, Gleichberechtigung, Transparenz, Zugänglichkeit, dem digitalen Zusammenhalt und qualitativ hochwertiger öffentlicher Räume im Internet. Wir müssen Maßnahmen zur Förderung von IKT-Kompetenz und kritischem Denken unterstützen. Wir müssen den universellen Zugang zu digitalen Diensten, aber auch zu nicht-digitalen Alternativen für wichtige Bereiche sicherstellen.



Europa braucht:

- Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Vermittlung digitaler Kompetenzen in der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie von kritischem Denken in der Schule. Förderung einer integrativen digitalen Bildung in der gesamten Union und Unterstützung älterer Menschen beim Erwerb digitaler Kompetenzen, damit sie sich in einer zunehmend digitalen Welt selbständig zurechtfinden können.
- Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in den Bereichen IKT, Wissenschaft, Technologie, Ingenieurwesen und Mathematik (MINT), Bildung und Beschäftigung, um zu erreichen, dass Frauen in den digitalisierten Gesellschaften der Zukunft gleichberechtigt vertreten sind.
- Sicherung eines erschwinglichen Zugangs zu neuen Hochleistungsnetzen für alle Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union sowie Bereitstellung eines kostenlosen Internetzugangs in Gemeinden durch Einrichtung öffentlicher Wi-Fi-Bereiche.
- Gewährleistung nicht-digitaler Alternativen zu Online-Diensten, insbesondere für ältere Bürgerinnen und Bürger.
- Maßnahmen zum Schutz personenbezogener Daten und der Privatsphäre. Starke Investitionen in die Durchsetzung und die Kontrollmechanismen der Datenschutz-Grundverordnung (GDPR) und der kommenden Vorschriften für große IT-Unternehmen und die Datenwirtschaft (Gesetz über digitale Dienstleistungen, Gesetz über digitale Märkte, Daten-Governance-Gesetz, Rechtsrahmen für KI).
- Strenge Vorschriften für den Einsatz künstlicher Intelligenz (KI) am Arbeitsplatz sind unerlässlich, um die Grundrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihre Gesundheit und Sicherheit zu schützen.
- Maßnahmen zur Telearbeit und zum Recht auf Nicht-erreichbarkeit, damit die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewahrt, ihre Gesundheit und psychische Verfassung geschützt und eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben im digitalen Zeitalter für Frauen und Männer gesichert werden können.
- Beschleunigung der digitalen Transformation unserer öffentlichen Dienste mit dem Ziel, Technologie mit menschlichen Fähigkeiten und Beziehungen zu verknüpfen.
- Durchsetzung der Verantwortung und Haftung von Social-Media-Plattformen.
- Transparenz bei den Algorithmen von Social-Media-Plattformen und Haftung für die Verbreitung schädlicher Inhalte.
- Massive Investitionen in ethische und auf den Menschen ausgerichtete KI und Mikrochips.
- Schutz und Unterstützung der KMU gegenüber monopolistischen Verhaltensweisen multinationaler IT-Konzerne und Sicherstellung, dass letztere ihren gerechten Steueranteil zahlen.
- Optimale Nutzung der Finanzmittel im Rahmen von Next Generation EU für den ökologischen Wandel durch Festlegung sozialer und nachhaltiger Kriterien für das öffentliche Beschaffungswesen und die strategische Nutzung des Beschaffungswesens zur Förderung der digitalen Autonomie Europas.
- Umsetzung ehrgeiziger gesamteuropäischer Projekte zur Bereitstellung einer interoperablen öffentlichen digitalen Infrastruktur.

Solidarität, gemeinsame Verantwortung und inklusive und widerstandsfähige Gesellschaften.

Europa blickt auf eine lange Geschichte im Bereich Migration und Asyl innerhalb und außerhalb unseres Kontinents sowie als Aufnahme- und auch als Herkunftsort zurück. Im Laufe der Geschichte und auf allen Kontinenten mussten unzählige Menschen vor Kriegen, Verfolgung und Diktaturen fliehen, um den ihnen gebührenden Schutz zu finden.

Wir werden weiterhin zu unserer rechtlichen und moralischen Verpflichtung zur Gewährung von Asyl stehen und dafür sorgen, dass jeder Mensch mit Würde und Solidarität behandelt wird.

und sich auf ein wirksames System zum Schutz von Flüchtlingen und eine effizient verwaltete gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik der EU verlassen kann, die auf wirksamer Solidarität und der Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts beruht. Im Laufe der Zeit haben Migrationen unseren Kontinent bereichert. Wir müssen von einem stigmatisierenden Narrativ von Asyl und Migration wegkommen und zu einer respektvollen und transparenten Darstellung übergehen, die die positiven Auswirkungen auf unsere Gesellschaften hervorhebt und auch die verschiedenen Herausforderungen angeht. Sie sollte Teil eines globalen Ansatzes sein, der dem Bedürfnis nach Sicherheit für alle, einer wirksamen Integrationspolitik und der Bekämpfung des Menschenhandels gerecht wird. Was Europa jetzt braucht, ist ein gut gesteuertes Migrations- und Asylsystem, das die Mitgliedstaaten, insbesondere diejenigen, die die größte Verantwortung tragen, unterstützt. Ein solidarisches System mit gemeinsamer Verantwortung und wirksamen, sicheren und legalen Migrationswegen, um den Menschenhandel zu unterbinden, Leben zu retten und eine bessere Integration zu fördern. Es ist daher notwendig, Änderungen auf den Weg zu bringen, den Pakt für Asyl und Migration zu verbessern und zu verabschieden und den von Kommissar Johansson vorgeschlagenen Aktionsplan für Integration und Inklusion vollständig umzusetzen.



Europa braucht:

- Einhaltung der Grundprinzipien des Schengen-Raums im Einklang mit den europäischen und nationalen Zuständigkeiten und Verpflichtungen. In einer EU, die danach strebt, ein Raum ohne Binnengrenzen zu werden, muss Schengen ein Raum ohne Binnengrenzkontrollen bleiben, und für die Einführung solcher Kontrollen müssen strikte Einschränkungen gelten.
- Eine Reform des Dublin-Asylsystems zwecks Schaffung eines Systems, in dem ein Asylantrag eine wirklich europäische Dimension hat.
- **Konkrete Umsetzung des neuen Aktionsplans für Integration und Inklusion mit direkter Finanzierung für lokale und regionale Behörden, die für die Integration von Migrantinnen und Migranten zuständig sind.**
- **Schrittweise Umsetzung und Weiterentwicklung des vorgeschlagenen Migrations- und Asylpakets auf der Grundlage von Rechten, Solidarität und Verantwortlichkeiten, um den Druck auf die Regionen an den Außengrenzen der EU zu verringern.**
- Schaffung eines Mechanismus, der die Einhaltung der Menschenrechte an den Grenzen objektiv und unabhängig überwacht und gewährleistet.
- Verstärkte Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern, um lebensgefährliche Routen und illegale Einreisen zu verhindern. Dazu gehört auch die Bekämpfung von Menschen-smuggel und Menschenhandel unter vollständiger Umsetzung der Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels.
- Die moralischen und rechtlichen Verpflichtungen zur Rettung von Menschenleben durch Suche und Rettung sowie die Anlandbringung müssen aufrechterhalten und angemessen finanziert werden. Gleichzeitig müssen wir einen besser koordinierten und angemessen finanzierten EU-Ansatz entwickeln, der auf Solidarität und geteilter Verantwortung beruht und mit Maßnahmen zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität einhergeht, um zu verhindern, dass Menschen ihr Leben riskieren.

EIN FAIRES GLOBALES SYSTEM

Ein gestärkter Multilateralismus für eine gerechte, nachhaltige und grüne Welt.

In einer zunehmend vernetzten, gegenseitig abhängigen, aber auch zersplitterten Welt müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten geeint und mit einer gemeinsamen Stimme auftreten.

Die EU muss sich um strategische Unabhängigkeit in allen kritischen Bereichen bemühen, um ihre Werte und Interessen zu verteidigen und zu fördern, und gleichzeitig starke Partnerschaften schmieden, um die auf Regeln basierende multilaterale Ordnung wiederzubeleben.

Die enge Zusammenarbeit mit unseren Partnern, die Förderung von Multilateralismus und Solidarität und die Unterstützung universeller Werte wie Demokratie, Frieden und Stabilität, Bekämpfung von Ungleichheit und Armut, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Gleichstellung der Geschlechter müssen im Mittelpunkt unseres internationalen Handelns stehen. Wir müssen mit unseren internationalen Partnern zusammenarbeiten, um globale Ungerechtigkeiten und Herausforderungen wie die COVID-19-Pandemie, den Klimawandel, die Entwicklung einer Wirtschaft mit grünem Wachstum und die Umsetzung der Ziele für nachhaltige

Entwicklung anzugehen. Wir wollen gerechtere und nachhaltige Handels- und Investitionsabkommen und -instrumente, die zur Wahrung der Menschenrechte und unserer Sozial- und Umweltstandards beitragen, Zwangsarbeit Einhalt gebieten, die Sorgfalts- und Rechenschaftspflicht von Unternehmen fördern, ethische Grundsätze im Kontext einer künftigen menschenzentrierten und vertrauenswürdigen künstlichen Intelligenz festlegen und eine größere Nachhaltigkeit und Transparenz in den Lieferketten fördern.

Wir werden konstruktive transatlantische Beziehungen mit der Regierung von Präsident Biden fördern. Wir müssen Afrika und Lateinamerika durch eine verstärkte und nachhaltige Partnerschaft auf Augenhöhe und mit gemeinsamer Verantwortung unterstützen, die sich auf die Bedürfnisse der Menschen konzentriert: Demokratie, gute Regierungsführung, menschliche Entwicklung und verbesserte Klimaschutzmaßnahmen zur Förderung grüner, digitaler und nachhaltiger Investitionen. Wir fordern eine reformierte und gerechtere internationale Schuldenarchitektur. Wir vertreten eine klare Strategie gegenüber China, indem wir bei gemeinsamen Interessen zusammenarbeiten, bei den Menschenrechten standhaft bleiben und unsere Grundwerte und Interessen verteidigen.

Europa braucht:

Eine stärkere gemeinsame europäische Außen und Sicherheitspolitik.

- Stärkung des Multilateralismus durch Ausarbeitung eines neuen Gesellschaftsvertrags und eines neuen globalen Abkommens auf der Grundlage der von UN-Generalsekretär Antonio Guterres vorgeschlagenen gemeinsamen Agenda.
- Übernahme einer führenden Rolle in der internationalen Entwicklung und der Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele, einschließlich der Unterstützung von Ländern mit mittlerem Einkommen.
- Stärkung der externen Aspekte des Grünen Deals, um unsere Partner, insbesondere die Entwicklungsländer, bei ihrem Übergang zu einer grünen und nachhaltigen Wirtschaft zu unterstützen.
- Unterstützung des Erweiterungsprozesses zur Aufnahme der westlichen Balkanstaaten ohne Verzögerung in die EU, um die eigene Glaubwürdigkeit, die Stabilität und den Frieden in Europa zu sichern.
- Förderung einer engen, fairen und gleichberechtigten Zusammenarbeit mit Drittländern, insbesondere mit Afrika, die von gegenseitigem Interesse, gemeinsamer Verantwortung, der Achtung der Grund- und Menschenrechte und der Verbesserung des Lebensstandards in unseren Partnerländern geleitet wird.
- Stärkung unserer Partnerschaft mit Lateinamerika, auch in den Bereichen Handel, Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte.
- Eine Vermittlerrolle der EU in einer zunehmend durch Konfrontationen geprägten Welt.
- Entwicklung einer ehrgeizigen, hör- und sichtbaren Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, mit größerer Kohärenz und verbesserten Entscheidungsprozessen, damit die Mitgliedstaaten besser koordiniert und geschlossen auftreten können.
- Stärkung unserer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Bereitstellung der notwendigen Mittel, damit sich die EU als globaler Akteur für den Frieden engagieren kann.
- Entwicklung einer gemeinsamen Strategie gegen hybride und Cyber-Bedrohungen, mit einer koordinierten EU-Verteidigungspolitik, die auf der Erkenntnis beruht, dass es ohne Frieden und gemeinsame Sicherheit keine nachhaltige und fortschrittliche Entwicklung geben kann.
- Gewährleistung des allgemeinen Zugangs zu COVID-19-Impfstoffen, indem wir die internationale Impfstoffsolidarität durch Spenden an COVAX und den bilateralen Austausch von Impfstoffen anführen und eine konstruktive Rolle in der Debatte über eine vorübergehende TRIPS-Ausnahme für Impfstoffpatente spielen.
- Beibehaltung der Position als weltweit führender Geber öffentlicher Entwicklungshilfe und Aufruf an die Mitgliedstaaten, ihre Verpflichtung zur Bereitstellung von 0,7 % ihres BNE für Entwicklungshilfe einzuhalten.
- Investitionen in eine zukunftsorientierte europäische Raumfahrtspolitik.



GEMEINSAM DIE ZUKUNFT EUROPAS VORBEREITEN

In der zweiten Hälfte dieser europäischen Legislaturperiode werden wir die von uns herbeigeführte positive Dynamik des Wandels nutzen, um eine wirklich grüne und soziale Agenda als Antwort auf die COVID-19-Krise und als Grundlage für eine bessere Zukunft für alle zu entwickeln. Wir sehen die Dringlichkeit, die Transformation Europas mit seinen reichhaltigen Potenzialen, seiner Innovationskraft und Kreativität zu beschleunigen.

Durch die Einheit unserer sozialistischen, sozialdemokratischen und progressiven Bewegung mit politischen Parteien, die in unseren Gesellschaften und in Europa verankert sind, wird es uns gelingen, unsere gemeinsamen Ziele zu verteidigen: Europa zu einem Kontinent des Wohlergehens zu machen, einem Kontinent, der den Klimawandel bekämpft und mit den digitalen Revolutionen Schritt hält, einem Kontinent der Sozialstaaten, der sozialen Gleichberechtigung, der Gleichstellung der Geschlechter, der Freiheit der sexuellen Orientierung und Geschlechtsausdruck, der Demokratie und der Grundrechte.

Dies sind die Grundsätze und Ziele, für die sich unsere politische Familie weiterhin einsetzen wird!

FAIRNESS
SUSTAINABILITY
RESPECT



Austria SPÖ



Belgium PS



Belgium Vooruit



Bulgaria BSP



Croatia SDP



Cyprus EDEK



Czech Republic
ČSSD



Denmark SD



Estonia SDE



Finland SDP



France PS



Germany SPD



Greece PASOK



Hungary MSZP



Ireland Labour



Italy PD



Italy PSI



Latvia Saskaņa



Lithuania LSDP



Luxembourg
LSAP



Malta Labour



Netherlands
PvdA



N. Ireland SDLP



Norway LP



Poland UP



Poland SLD



Portugal PS



Romania PSD



Slovakia SMER



Slovenia SD



Spain PSOE



Sweden SAP



UK Labour

Folgen Sie uns auf

www.pes.eu

www.facebook.com/pes.pse

www.twitter.com/pes_pse

www.instagram.com/pes_pse

Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)

10-12 Rue Guimard

1040 Brüssel

Belgien

T +32 2 548 90 80

info@pes.eu

Diese Veröffentlichung wurde vom Europäischen Parlament finanziell unterstützt.

Die alleinige Haftung liegt beim Autor. Das Europäische Parlament ist für

keinerlei Verwendungszwecke der darin enthaltenen Informationen verantwortlich.

Diese Broschüre wurde auf Recyclingpapier mit umweltfreundlicher wasserbasierter Tinte gedruckt.

Dezember 2021

AISBL-BBCE-N 0897.208-032